

Politische Grenzen sind klar abgesteckt

Last Minute ins Lager

Auf der Zielgeraden, kurz vor dem Wahlsonntag, haben sich die Kandidat(inn)en jetzt auch in Reutlingen nach Lagern sortiert. Auf Schmusekurs: Ernst-Reinhard Beck und Pascal Kober, Beate Müller-Gemmeke und Sebastian Weigle. Nur mit dem Linken Stefan Straub will niemand zusammenarbeiten.

Matthias Stelzer

Reutlingen. Sie begrüßen sich freundschaftlich und loben sich gegenseitig für die Sachlichkeit und Fairness im Wahlkampf. Dennoch haben sich die Reutlinger Kandidat(inn)en der fünf im Bundestag vertretenen Parteien inzwischen streng nach Berliner Vorbild in Lager verteilt. Beim Wahlpodium des „Reutlinger General-Anzeigers“ im Kulturzentrum franz. K ließen sich Ernst-Reinhard Beck (CDU), Sebastian Weigle (SPD), Pascal Kober (FDP), Beate Müller-Gemmeke (Grüne) und Stefan Straub (Linke) jedenfalls nur wenig Spielraum für politische Überraschungen.



Auf dem Podium (von links): Ernst-Reinhard Beck (CDU), Sebastian Weigle (SPD), Pascal Kober (FDP), Beate Müller-Gemmeke (Grüne) und Stefan Straub (Linke). Bild: Haas

Die etwa 300 Besucher/innen bekamen dafür in geraffter Form nochmals die – von den Gea-Redakteuren Bettina Jehne und Reiner App abgefragten – Schwerpunkte der jeweiligen Parteien zu hören. Positionen, die die Kandidat(inn)en von ihren mitgebrachten Unterstützer(inne)n und Fanclubs beklatschen ließen. Eine Tatsache, die übrigens nicht darüber hinweg täuschen konnte, dass Schwarz-Gelb am Dienstagabend keine Mehrheit hatte.

Ernst-Reinhard Beck will keine Studiengebühren

Beck, der einmal mehr den Afghanistan-Einsatz mit deutschen Soldaten verteidigte, fing sich mehrfach ein Raunen des Publikums ein – beispielsweise, als er den „präsidialen“ Wahlkampfstil der Kanzlerin lobte oder für längere Reaktor-Laufzeiten stritt, obwohl er die Endlagerung für die „Achillesferse der Atomkraft“ hält. Besonders viel Gegenwind gab es für den 64-Jährigen, als er in Bezug auf die Gesundheitsreform sagte, Arztpraxen dienen zu oft als „soziale Kommunikationsstellen“. Zustimmung dagegen, als der ehemalige Lehrer die Linie der Landes-CDU verließ und sich gegen Studiengebühren aussprach: „Der kostenlose Zugang zu höherer Bildung ist ein Wert, den es zu verteidigen gilt.“

Sebastian Weigle will Hartz IV reparieren

Die Gebühren an den Universitäten abschaffen, will auch Sebastian Weigle. Ansonsten positionierte sich der 31-jährige Beck-Herausforderer („Ich werbe um Erststimmen“) als einzig offensiver Wahlkämpfer auf dem Podium. Der Wahlkampf Angela Merkels stehe für „Null-Aussagen“ hielt er dem CDU-Kollegen entgegen. Außerdem verteidigte der SPD-Mann den „Deutschlandplan“ Steinmeiers, der lediglich das Potenzial für die nächsten Jahre aufzeige, und die Hartz-IV-Gesetzgebung. Die sei im Kern richtig, sagte Weigle und zog sich damit den Unmut vieler im Publikum zu. Auch wenn er Reparaturbedürftigkeit zugab: „Letztendlich gibt es gibt viele Unwuchten.“

Pascal Kober will Steuern kräftig senken

Soziale Ungleichheiten will die FDP mit ihrer Steuerpolitik bekämpfen. „Steuersenkungen führen zu Wirtschaftswachstum“, sagt Pascal Kober. Der 38-jährige Pfarrer kündigte an, seine Partei habe auch ein Sparprogramm, „kein gesponnenes“, um die Steuersenkungen zu ermöglichen. Es soll sogar noch für mehr Bildungs-Investitionen reichen. Kein Thema sind für die Liberalen gesetzlich vorgegebene Stundenlöhne. „Beim Mindestlohn sind wir sehr reserviert“, sagte Kober und lobte die bewährte „Tarifautonomie“. Allerdings stehe seine Partei auch für ein so genanntes Bürgergeld, ein Mindesteinkommen, das der Staat garantiert.

Beate Müller-Gemmeke will den „New Deal“

Ein Modell, das von Beate Müller-Gemmeke als „Kombi-Lohn“ empört zurückgewiesen wurde: „Es kann nicht sein, dass Firmen niedrige Löhne zahlen, und wir mit Steuergeldern draufzahlen.“ Die 58-Jährige Grüne forderte den Atomausstieg und Nachbesserungen bei Hartz IV. Ein höheres Schonvermögen, höhere Sätze und entsprechende Zuverdienstmöglichkeiten sollen das schaffen, was Müller-Gemmeke ein „soziokulturelles Existenzminimum“ nennt. Außerdem will die Grüne im Rahmen des „New Deals“ ihrer Partei eine Ausbildungsplatz-Abgabe für Firmen einführen („Ich stehe für ein Recht auf Ausbildung“) und zur Bewältigung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise eine „befristete Vermögensabgabe“. Was ihr viel Beifall einbrachte.

Stefan Straub will eine soziale Wirtschaft

Viel Applaus gab es auch für Stefan Straub, der zusammen mit seiner Partei Die Linke die Hartz-IV-Gesetze abschaffen will. Der 64-Jährige möchte die Menschen nicht in die „lebenslange Armutsfalle“ treiben und für mehr Gerechtigkeit in der Welt sorgen. Deutschland müsse mehr Geld in die Entwicklungshilfe stecken und den Krieg in Afghanistan beenden. „Wir sind stark in den sozialen Bewegungen engagiert“, sagte Straub und forderte mehr staatliche Wirtschaftskontrolle und Gewinnanteile für die Beschäftigten: „Die schaffen die Werte. Geld, das nur rumliegt, und Maschinen, die stehen“ schaffen keinen Mehrwert.“